



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus einer französischen Zeitschrift : 1. Politik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Aus einer französischen Zeitschrift

### 1. Politif



herzeit sind uns eine Anzahl Hefte, darunter die vollständigen Jahrgänge 1899 und 1900, der Zeitschrift *L'Humanité Nouvelle*, revue internationale, sciences, lettres et arts zugegangen. Wir kommen erst jetzt dazu, sie durchzublätern, und finden, daß es noch nicht zu spät ist, davon Notiz zu nehmen. In einer Zeit, wo man einen Briefwechsel zwischen deutschen und französischen Gymnasiasten in Gang gebracht und einen internationalen Kinderaustausch organisiert hat, sollte den Gebildeten, die nicht in Großstädten wohnen und darum selten ausländische Zeitschriften zu Gesicht bekommen, in ihren eignen Wochen- und Monatschriften einiger Ersatz dafür geboten werden. Denn die Zeitschriften geben ein richtigeres Bild von den Ansichten und Stimmungen einer Nation als die Zeitungen. Die Pariser Korrespondenten unsrer großen Blätter berichten doch ebenso wie die von unsern Redaktionen benutzten französischen Zeitungen im politischen Teil nur über die Kammerverhandlungen und über die Intriguen der Drahtzieher, im Feuilleton über Theaterneuheiten, hauptstädtische Skandale und allenfalls hie und da über einen neuen Roman. Das alles zusammengenommen ist aber noch lange nicht das französische Leben. Gerade die oben genannte Zeitschrift nun bedeutet eine dringende Aufforderung, uns in der französischen Journalistik besser umzusehen, indem sie uns, die wir den Franzosen immer Unkenntnis des Auslands vorwerfen, einigermaßen beschämt. Während auch die große und einflußreiche Revue des deux Mondes in jeder ihrer revues étrangères gewöhnlich nur ein ausländisches Werk bespricht, und unsre deutschen Zeitschriften, soweit sie überhaupt Ausländisches beachten, nicht viel anders verfahren, bringt die *Humanité Nouvelle* in jedem Heft nicht allein Aufsätze von ausländischen Mitarbeitern, sondern auch eine große Anzahl von Besprechungen ausländischer Werke, und zwar nicht bloß deutscher, englischer, italienischer, spanischer, belgischer, holländischer, skandinavischer, sondern auch solcher von Staaten, Nationen und Nationchen, die zu Halbasien gehören. Außer den Russen werden besonders die Tschechen und die Ungarn reichlich bedacht, was ja mitunter für die Leser der *Humanité* eine Information von recht zweifelhaftem Werte bedeutet, so wenn sie über die innere Politik Österreichs von Herrn Kramarsch belehrt werden. Über deutsche Angelegenheiten berichten einige Sozialisten und Herr von Gerlach, der einmal beschreibt, wie in Preußen die Wahlen gemacht werden. Am häufigsten begegnet man dem Namen des berühmten Geographen Elifée Reclus. Auch die deutschen Zeitschriften werden fleißig gemustert; Artikel, die der Redaktion aufgefallen sind, werden entweder kurz skizziert und beurteilt oder nur durch Anführung der Überschrift der Beachtung der Leser empfohlen, so

folgende Grenzbotenartikel der Jahre 1899 und 1900: Der Schutz der Arbeitswilligen, Deutsche und Polen von E. von der Brüggen, Der Mittellandkanal und die konservative Partei in Preußen von Georg Baumert, Kritische Studien zu Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen von Otto Kaemmel, Der ägyptische Sudan seit der Schlacht von Khartum von Karl von Bruchhausen, Serbiens politische und moralische Bekehrung. Die Urteile sind, soweit der Gegenstand nicht die nationale oder philosophisch-antikerikale Empfindlichkeit weckt, ruhig und sachlich. Lobpreisungen der guten alten Zeit, wo ja alle Nichtprivilegierten nur stumpfsinniges Arbeitsvieh waren, erregen den Zorn der Berichterstatter, und von der anonymen Broschüre: Englisch oder deutsch-niederländisch? heißt es: „Der Titel sagt schon genug! Nachdem dieser deutsche Patriot die Engländer angeklagt hat, daß sie den armen Buren ihre heiligsten Güter rauben, beruft er sich, ohne den Widerspruch zu scheuen, auf die deutschen Interessen in Südafrika. Worin bestehen denn die? Doch wohl darin, daß man kolonisieren, d. h. gerade so wie die Engländer so viel wie möglich ftehlen will.“

Doch sind solche Einseitigkeiten Ausnahmen; im ganzen bietet die Zeitschrift viel Gutes. Leider aber wird Frankreich nicht viel davon haben, denn die Zahl der Abonnenten ist nicht groß, wahrscheinlich sehr klein. Aus dem diesjährigen Maiheft erfahren wir, daß der Direktor, Hamon, mit den Verlegern, Schleicher Frères, einen Prozeß geführt hat, an dem der schlechte Geschäftsgang schuld gewesen zu sein scheint, daß die Herausgabe eine Zeit lang eingestellt werden mußte, und daß die Monatschrift jetzt im eignen Verlag Hamons, Paris, 16 Rue de Condé und Bruxelles, 92 Avenue du Solbosch erscheint. Sie ist die Fortsetzung der Zeitschrift *La Société Nouvelle*, die im Januar 1897 einging, weil der Leiter, Fernand Brouez, erkrankt war. Im Aprilheft 1903 entwickeln die Herausgeber der *Humanité Nouvelle* ihr Programm, veranlaßt durch Zuschriften von Lesern und auch von Mitarbeitern, die sich durch einzelne Artikel verletzt gefühlt haben. Auf dem Umschlag stehe ja deutlich zu lesen, daß jeder Mitarbeiter völlig frei sei in dem, was er zu sagen habe, und nur seine eigne Ansicht vertrete. (*Chaque auteur ayant sa pleine liberté de pensée n'engage que lui-même. La revue par suite est ouverte à la controverse.*) Die bei weitem meisten Zeitschriften aller Länder, heißt es weiter, vertreten jede eine bestimmte Richtung oder Partei. Die Redaktion schreibt eine Linie vor, von der sich die Mitarbeitenden nicht zu weit entfernen dürfen, und es finden sich nur solche Mitarbeiter zusammen, die eine gleichartige Überzeugung verbindet. Die Beiträge werden einer Zensur unterworfen, und was in dem Hefte steht, dafür übernimmt die Redaktion nicht allein die juristische, sondern auch die moralische Verantwortung. Wir wollen etwas ganz andres. Unfre Revue soll ein kleines Bild der Menschheit sein, von der wir hoffen, daß sie im Entstehen begriffen ist, einer freien, toleranten Menschheit, die aus Menschen von unabhängiger Gesinnung besteht. Kein Mensch darf behaupten, daß er im Besitz der Wahrheit sei; jeder glaubt es zwar, aber keiner hat Gewißheit; alle Wissenschaften wandeln sich beständig, und was heute allgemein für unbestreitbar gehalten wird, erweist sich morgen als Irrtum. Daraus folgt, daß sich die

Menschheit nur bei völliger Freiheit des Forschens und Debattierens immer mehr der Wahrheit nähern kann. Alle Meinungen, die verschiedensten, die entgegengesetztesten, müssen der Erörterung dargeboten werden; jede Theokratie aber, mag sie aus Priestern oder aus einer Gelehrtenzunft bestehen, jede Autokratie, jede Aristokratie, jede Plutokratie hält den Fortschritt auf. Soll das menschliche Denken sein Höchstes leisten, so muß es frei von jeder Fessel sein. Dieses Freiheitsideal soll nun unsre Revue soviel wie möglich verwirklichen. Ihre Direktoren schreiben nichts vor und üben keine Zensur; sie beschränken sich auf die organisatorische Tätigkeit. Was verbindet aber da die Mitarbeiter? Ihre Unabhängigkeit. Sie sind eben so geartet, daß sie Zwang und Zensur nicht ertragen würden, sich einer Sekte, Schule, Partei nicht verschreiben mögen. Daß der Versuch, diese vollkommene Freiheit zu verwirklichen, sogar manchen Mitarbeiter irre macht, ist nicht zu verwundern; wir leiden eben alle noch ein wenig an der unserm Geschlecht seit Jahrtausenden anezognen Vorstellung, daß jeder Mensch entweder befehlen oder gehorchen, entweder andern seine Meinung aufzwingen oder andrer Meinung annehmen müsse. Gerade diese Vorstellung wollen wir durch unser Beispiel allmählich überwinden. Vor allem soll keiner unsrer Mitarbeiter für ein niedriges Interesse kämpfen. Bei uns wird keine Leidenschaft erregt; nur die Vernunft waltet; die Empfindung tritt hinter dem Intellekt zurück. So die Herausgeber. Ihre Menschheit ist nun freilich eine Illusion. Weder ist ein großes Volk denkbar, dessen Mitglieder allesamt selbständige Denker wären, und wo jeder nur nach seinem Kopfe handelte, der ganze Staat eine rabelaisische Abtei Thelema wäre, noch läßt sich der Intellekt von den Lebensinteressen ablösen. Gerade die Freidenker geraten ja jedesmal in leidenschaftliche Erregung und erklären die heiligsten Güter der Menschheit für gefährdet, so oft sie etwas erblicken, was ihrer Ansicht nach Aberglauben, Verfinsternung oder Reaktion ist, z. B. eine Fronleichnamsprozession, oder eine Mönchskutte, oder einen Orthodoxen auf einem Lehrstuhl. Aber der Satz, daß die Wahrheit, das ist die gerade im Augenblick notwendige neue Erkenntnis, aus der freien Debatte hervorspringt wie der Funke aus dem vom Stahl getroffenen Stein, ist richtig, ein solcher papierner Debattierklub demnach, wie ihn die Herren der neuen Menschheit geschaffen haben, eine sehr nützliche Einrichtung.

Die Politik wird auf dem Titelblatt nicht genannt und ist auch in der Zeitschrift nur schwach vertreten, aber doch nicht ganz ausgeschlossen. Die meisten politischen Artikel stammen aus andern Ländern; mehrere, von verschiedenen Verfassern, aus Finnland, dessen Leidensgeschichte sehr ausführlich erzählt wird. Bei dem Geiste der Zeitschrift versteht sich das verwerfende Urteil über die Unterdrückungspolitik des Zarentums trotz der französischen Russenfreundschaft von selbst. Im Dezemberheft 1900 spricht ein Anonymus einen sehr beachtenswerten Gedanken aus: In Skandinavien und in England (doch auch in Deutschland, Italien und Frankreich) ist immer die historische Kontinuität das Grundgesetz der Entwicklung und des Fortschritts gewesen, und nach diesem Gesetz haben die Regierungen gehandelt, indem sie die Regierungsform den Anforderungen der Zeiten gemäß immer freier und zweckmäßiger gestalteten. Das russische Volk, das ein so ungeheures Gebiet inne hat, könnte sich eine

große Zukunft bereiten, wenn es das englisch-skandinavische Entwicklungsgesetz annähme. Das konstitutionelle und sich selbst regierende Finnland ist aber die natürliche Brücke, über die das englisch-skandinavische Wesen eindringen könnte. Wird diese Brücke zerstört, so steht zu befürchten, daß sich die Russen niemals in die historische Kontinuität hineinfinden und im Schwanken zwischen einem unfähigen Absolutismus und revolutionären Zuckungen den letzten Rest von Kraft zu gesunder Entwicklung einbüßen. Osteuropa wird dann denselben bösen Weg gehen, in den Frankreich vom ancien régime hineingestoßen worden ist. Dieser Vergleich Rußlands mit Frankreich nimmt sich übermäßig bescheiden aus in einer französischen Zeitschrift; ein Deutscher würde, ohne die oberflächliche Ähnlichkeit zu leugnen, den Franzosen mehr gerecht werden. Daß Rußland in Finnland eine der gesunden Kräfte vernichtet, die es zu seiner Kultivierung und Belebung hätte verwenden können und sollen, ist selbstverständlich richtig. Der Burenkrieg wird einmal — von dem bekannten Arbeiterführer Keir Hardie — als Kapitalistenkrieg charakterisiert, ein andermal von beiden Seiten beleuchtet. Der zweite Artikel schließt mit der Bemerkung: Wer glaube, der englischen Regierung könnten bei längerem Widerstande der Buren die Soldaten ausgehn, der kenne England nicht, wisse nicht, wieviel junge Engländer die Macht ihres Staates als ihr bestes, ja als ihr einziges Erbteil ansehen und dabei froh sind, wenn sie einmal Gelegenheit haben, dem Gewirr der modernen Zivilisation zu entfliehen, die Welt zu sehen und statt des verpesteten Londoner Nebels reine Luft zu atmen. Die Lage der Vereinigten Staaten wird von einem pseudonymen Sozialisten beleuchtet. Der Sezessionskrieg habe den idyllischen Zuständen des Landes ein Ende gemacht und durch die ungeheure Staatsschuld die kapitalistische Periode heraufgeführt. Der kubanische Aufstand sei von nordamerikanischen Millionären organisiert worden, um der Regierung einen heuchlerischen Vorwand zum Einschreiten zu schaffen. Konfessionelle Rücksichten hätten mitgewirkt, und zwar von beiden Seiten: die Protestanten hätten durch die Verdrängung Spaniens und durch die Säkularisierung der kubanischen Kirchengüter den katholischen Einfluß schwächen, die Katholiken durch Vermehrung ihrer Zahl ihn stärken wollen; der Papst habe aus demselben Grunde den Wandel begünstigt und die Spanier mit liebenswürdigen Redensarten betrogen. Die im Kriege offenbar gewordne Korruption und das Truistwesen förderten den Sozialismus; die gegenwärtige Lage lasse sich folgendermaßen beschreiben: eine Finanzoligarchie beherrscht die Gesetzgebung wie die Verwaltung, die Konzentration der Industrie und der Verkehrsmittel in den Händen dieser Oligarchie bedroht die politische Unabhängigkeit der Bürger; die Diplomatie schafft Verbindungen mit dem Auslande, um im Interesse der Kapitalisten den Militarismus ausbilden zu können als ein Werkzeug zur Einschränkung der Volksfreiheit durch Gewalt, soweit die List dazu nicht hinreicht. Ein anderer Berichterstatter, Albert Ruz, wohl ein Kubaner, beweist in einem von genauer Sachkenntnis zeugenden historischen Rückblick, daß die Vereinigten Staaten Spanien gegenüber vollkommen loyal gehandelt und folgerichtig ihr Programm durchgeführt haben, zu dem sie sich das ganze neunzehnte Jahrhundert bekannt hätten, daß die spanische Wirtschaft die Despotenwirtschaft gewesen sei, die Montesquieu

mit den Worten beschreibt: „Wenn die Wilden von Louisiana eine Frucht pflücken wollen, hacken sie den Baum um,“ daß also die Befreiung von dem spanischen Joch eine unzweifelhafte Wohltat und die vorläufige Verfassung, die man der Insel gegeben habe, die richtige sei; „wenn die Kubaner mündig geworden sein werden, werden sie für die Vormundschaft, unter die sie jetzt gestellt sind, dankbar sein.“ Der Polen wird mit Wohlwollen gedacht, da die Russenfreundschaft in dem internationalen Kreise dieser Zeitschrift natürlich nicht so stark ist wie bei der französischen Regierung. Dr. Rakovsky weist in einer Zuschrift die von einem andern ausgesprochne Behauptung zurück, Rußland habe niemals eine Teilung der Türkei nach dem Muster der Teilung Polens vorgeschlagen. Rußland rücke nur mit seinen Teilungsplänen nicht offen heraus, weil es wisse, daß ihm die andern Großmächte Konstantinopel nicht gönnen; schon Wellington habe gesagt: Gäbe es zwei Konstantinopel, so wäre die orientalische Frage längst gelöst. Ein Pole, der sich Jean d'Outremer nennt, nimmt die Abrüstungsaktion des Zaren zum Anlaß, auseinanderzusetzen, daß die Wiederherstellung Polens eine der Voraussetzungen des Weltfriedens sein würde. Gewiß, alle historischen Ungerechtigkeiten gut machen wollen, das gehe nicht an, das würde heißen, die Weltgeschichte auf ihren Anfang zurückschrauben wollen. Aber die Selbständigkeit einer Nation vernichten, das sei keine gewöhnliche historische Ungerechtigkeit und schaffe einen Quell beständiger Beunruhigung. Sollte der Grundsatz, daß jeder Nationalität Unabhängigkeit zugestanden werden müsse, zur Verkleinerung einiger Großstaaten führen, so würde der etwaige Nachteil für den Kulturfortschritt durch die Förderung der Freiheit ausgeglichen werden, die nur in kleinen Staaten gedeiht. Völlige Atomisierung sei nicht zu fürchten, da kleine Nationalitäten splitter, die keine eigne Kultur entwickelt hätten, den Anspruch auf Selbständigkeit nicht erheben würden. Dezentralisation aber müsse sowohl auf dem politischen wie auf dem wirtschaftlichen Gebiete angestrebt werden. Die heutigen Großstaaten würden sich hoffentlich einmal in Bünde mäßig großer Republiken verwandeln.

Das Rundschreiben des Zaren und die Haager Konferenz haben die Herren von der Humanité lebhaft aufgeregt. Hamon mustert die Lage der Großstaaten, ihre Rüstungen, ihre Kräfte und Lasten, und urteilt über Deutschland, daß es bei seinem wachsenden Wohlstande der Bürde des bewaffneten Friedens gewachsen sei, den es durch die Annexion von 1871 einigermaßen verschuldet habe. Doch wünsche es im Interesse seiner blühenden Industrie den Frieden; an neue Eroberungen denke es nicht; ihm genüge, was es besitze; und bekäme es seinen Besitz gewährleistet, so würde ihm die allgemeine Abrüstung ganz willkommen sein; es könnte dann die dadurch frei werdenden Mittel auf die Vergrößerung seiner Handelsflotte verwenden. Frankreich werde mit seinen Ansprüchen auf Elsaß-Lothringen den Störenfried auf der Konferenz spielen. Der Masse der Franzosen liege freilich nicht so viel an der verlorenen Provinz, wie die Zeitungen behaupten. Das neue Geschlecht, das seit 1871 herangewachsen ist, weiß nichts von Elsaß-Lothringen. Die Gelehrten, Künstler, Publizisten, Kaufleute, Handwerker und Bauern von vierzig und weniger Jahren tragen nicht im mindesten Verlangen danach, sich um der Städte Metz und Straßburg

willen totschießen zu lassen. Würde eine geheime Abstimmung darüber veranstaltet, ob mit endgiltigem Verzicht auf Elsaß-Lothringen abgerüstet oder mit wahrscheinlichem, sogar sicherem Erfolg ein Krieg zur Wiedereroberung des verlorenen Landes unternommen werden soll, so würde sich eine erdrückende Mehrheit für die Abrüstung erklären. Bei öffentlicher Abstimmung freilich würde das Ergebnis anders ausfallen. Am wenigsten wünschen die sozialistisch gesinnten Arbeiter den Krieg, denn sie wissen recht gut, daß ein solcher nicht die Revolution entfesseln, sondern den Absolutismus stärken würde. Die Redaktion veranstaltete eine Umfrage über den Krieg und den Militarismus, deren Ergebnis im Mai 1899 als ein gegen dreihundert Seiten starker Band veröffentlicht wurde. Beigefügt ist eine „von zahlreichen Autoritäten unterschriebne“ und an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichtete Denkschrift über die besten Mittel, den Weltfrieden zu sichern. Darin wird u. a. vorgeschlagen, Frankreich solle auf der Konferenz beantragen: in erster Linie, daß ihm Elsaß-Lothringen gegen eine Geldentschädigung oder gegen eine seiner ostasiatischen oder innerafrikanischen Kolonien zurückgegeben werde, oder, wenn es damit nicht durchdringe, daß Elsaß-Lothringen für einen unabhängigen, neutralen Staat erklärt werde. Nun, die Herren haben sich unnötige Sorge gemacht, wie ihnen besonnene Politiker von vornherein hätten sagen können.

Das Interessanteste in politischer Beziehung sind drei Artikel über die innere Lage Frankreichs, die ungefähr so dargestellt wird, wie wir sie uns immer gedacht haben, wie man sie aber kaum in irgend einer deutschen Zeitung beschrieben findet. Der erste, den Diéré-Dieul, ohne Zweifel ein Sozialist, zeichnet, geht von den Senatswahlen vom 28. Januar 1900 aus. An der Stärke der Parteien habe ja der Ausfall nichts geändert, aber die Namen einiger der durchgefallnen und der gewählten Personen bewiesen, einmal, daß der Dreyfushandel den Nationalismus gestärkt habe, zum andern, daß dieser Handel nicht ein Kampf für die Gerechtigkeit und gegen den Militarismus gewesen sei, sondern ein Kampf jüdischer Kapitalisten für einen der ihren. (Antisemitische Töne werden in der Humanité öfter angeschlagen.) Jetzt, wo der Kapitalist und ehemalige Offizier Dreyfus begnadigt sei, wolle man in diesen Kreisen nichts mehr von der Sache wissen; Reinach mache seinen Frieden mit dem Militär, das ja die Kapitalisten zu ihrem Schutze brauchten, und bekämpfe Gohier, der fortfahre, die Schäden und Skandale des Heeres aufzudecken. Was die Intellektuellen betrifft, so sehe man an den ganz entgegengesetzten Urteilen zweier durchaus gesinnungsverwandter und antiklerikaler Gelehrten über den General Mercier (er war im Departement Loire-Inferieure gewählt worden), daß die Männer und die Frauen der Wissenschaft in der Politik ihre wissenschaftlichen Grundsätze beiseite lassen und sich von persönlichen Empfindungen und Stimmungen leiten lassen: Herr Jules Soury, der positivistische Philosoph, rühme die wissenschaftlichen, militärischen und sonstigen Verdienste des Generals sowie seinen Charakter, Madame Clémence Royer dagegen schelte ihn einen Spießgesellen der Fälscher und Mörder. Die Sozialisten hätten sehr unrecht daran getan, sich für und gegen gewisse Kandidaturen ins Zeug zu legen; es scheine, daß der Antiklerikalismus ihren Verstand umneble. Aber der Kampf

des Ministeriums Waldeck-Roussieu sei bloß Fassade, ein Scheinkampf, der die Klerikalen nicht weniger befriedige als die antiklerikalen Schreier. (Das wird stimmen.) Sein Nachfolger hat, gegen den ausgesprochenen Willen Waldeck-Roussieus, Ernst gemacht; wie ihm das bekommen wird, werden wir wohl spätestens im nächsten Jahre erfahren. (Nachdem dies schon geschrieben war, lesen wir, wie Waldeck-Roussieu die Ausführung des Vereinsgesetzes am 27. Juni im Senat getadelt hat.) Fassade sei auch der Eintritt des Sozialisten Millerand ins Kabinett und die Anerkennung der Gerechtigkeit der Arbeiterforderungen — in Worten. Wie wenig den Worten die Taten entsprechen, wird mit einer langen Liste von Fällen bewiesen, in denen Millerand gegen das Interesse der Arbeiter gehandelt, arbeiterfreundliche Gesetzesvorschläge entweder zurückgewiesen oder in kapitalistischem Sinne geändert habe. Zum Schluß wird der Beerdigung des russischen Sozialisten Peter Lavroff gedacht. Die Polizei habe sich dabei so brutal wie möglich benommen. Die rote Fahne habe man nicht zu entfalten gewagt; das sei verboten gewesen. Einige ministerielle Sozialisten hätten sich dadurch enttäuscht gefühlt. Die guten Leuten wußten noch nicht, daß, wenn Personen von anderer Gesinnung zur Regierung gelangen, nicht die Regierung, sondern die Person umgewandelt wird, und daß, wenn man eine gründliche Änderung haben will, die Regierung selbst abgeschafft werden muß. Auch die sozialistische Presse werde im Sinne der Regierung geleitet, und der Parteibeschluß, wonach der Parteivorstand die Presse beaufsichtigen solle, bleibe unwirksam, weil dieser Vorstand zu gleichen Teilen aus Ministeriellen und aus Antiministeriellen bestehe, die einander gegenseitig lähmten.

Ein anderer Artikel, den „Politikos“ zeichnet, ist: „Auf dem Wege zur Reaktion“ überschrieben. Die Dreyfusgeschichte sei schlechterdings nicht populär. Die Mehrzahl glaube an die Schuld des Exkapitän schon aus dem Grunde, weil alle Kriegsminister ihn für schuldig erklärt haben. Die meisten übrigen sagen: „Man kann sich doch nicht ewig mit dieser Angelegenheit herumschlagen; die Geschäfte leiden darunter, die privaten wie die des Staats; übrigens erfreut sich Dreyfus jetzt der Freiheit, Geld hat er auch, also laßt uns endlich einmal in Ruhe!“ Die Minderheit, die an seine Unschuld glaubt, besteht aus bürgerlichen Intellektuellen. Auch die Sozialisten, die warm für den Verurteilten auf der Teufelsinsel eingetreten sind, waren Professoren, Advokaten, Journalisten und dergleichen Leute; kein Arbeiter, kein kleiner Beamter war darunter. Beide Teile hat der unbewußte Klasseninstinkt richtig geleitet. Die Bourgeoisie fühlte sich durch die Verurteilung eines aus der Kapitalistenklasse hervorgegangenen Offiziers bedroht; um die Tausende von gemeinen Soldaten, die ungerichterweise in Militärgefängnisse gesperrt werden, kümmert sie sich nicht. Die Nation im ganzen also will nicht, daß die Affäre noch einmal aufgerührt werde. Die Dreyfuspartei aber will es und wird es nach der Ausstellung wenigstens versuchen. (Ein solcher Versuch ist bekanntlich in diesem Jahre von Zaurès gemacht worden.) Nur wird man eine Neuaufführung ohne große Orchesterbegleitung, als schlichte Justizsache, zu veranstalten suchen, denn die Wiederbelebung der antisemitischen Leidenschaft wünscht man sich nicht, obgleich sie die Dreyfusarden auch nicht gerade sehr fürchten. Joseph Reinach hat sogar in Digne mit der

Wiederaufnahme des Prozesses gedroht, nur zu dem Zweck, diese Leidenschaft wiederzuerwecken und dadurch die Reaktion zu fördern; der nationalistische Ausfall der Gemeinderatswahlen, namentlich in Paris, ist sein gewolltes Werk. Er weiß es, daß nur die armen Juden Schläge zu fürchten haben, während die reichen unter dem Schutze der Polizei und des Militärs sicher leben. Freilich könnte er sich auch täuschen. Entfesselte Volkswut ist zu allem fähig, und eine Minderheit sollte niemals herausfordernd auftreten, sondern sich lieber Achtung zu erwerben suchen. Aber das kapitalistische Interesse ist eben bei Leuten von Reinachs Art stärker als das der Religion oder der Rasse. Dieses Interesse erzeugt eine reaktionäre Stimmung, und diese Stimmung verbreitet sich auch außerhalb der kapitalistischen Kreise. Man fängt an, sich für ausländische Monarchen zu begeistern. Das Volk ist zwar noch republikanisch gesinnt, aber es hat die regierenden Männer satt, und die Aneignung gegen die Personen kann sich leicht auf die Staatsform übertragen. Die große, die kleine und die mittlere Bourgeoisie ist einig in dem Gedanken: Lieber alles andre, als das, was wir haben!

Für die Bourgeoisie handelt es sich vor allem um die Niederhaltung des Sozialismus. Es ist sehr geschickt von der Loge gewesen, dem unbedeutenden Staatsoberhaupte Herrn Waldeck-Rousseau als Ministerpräsidenten aufzunötigen. Der Mann ist Sprößling einer sehr klerikalen Familie, von Priestern erzogen, den Jesuiten eng verbunden (das ist sehr interessant! Heute, nach der Senatsrede vom 27. Juni, schelten die Liberalen den Mann einen argen Jesuiten), aber Skeptiker geworden, dabei ganz vom kapitalistischen Geiste erfüllt und nun ein vortrefflicher Vertreter der drei Zweige des Kapitals, des katholischen, des protestantischen und des jüdischen. Ihm hat man Millerand beigegeben, einen gewissen- und grundsatzlosen Emporkömmling, der nur persönliche Zwecke verfolgt. So hat man eine antiklerikale Fassade hergestellt, hinter der die klerikalen und die antiklerikalen Kapitalisten einander die Hände reichen, eine arbeiterfreundliche Fassade, hinter der ein sehr klug angelegter Krieg gegen die Arbeiter geführt wird. Indem man einen Mann, der dem Namen nach zu ihnen gehört, ins Kabinett aufnimmt, werden sie gespalten und verwirrt, und wird ihre politische Tätigkeit gelähmt. Der sozialistische Minister vereitelt jede wirksame gesetzliche Maßregel zu ihren Gunsten und muß mit seinem Namen die gewaltsame und blutige Unterdrückung von Ausständen decken. Wenn das Ministerium zugleich die Bürgerschaft reizt — durch den bloßen Namen Sozialist, den sich der Handelsminister beilegt, und durch scheinbare Zugeständnisse an den Sozialismus in Worten —, um so besser! Sind alle Volksschichten ohne Ausnahme unzufrieden, dann wird es leicht sein, die Monarchie wieder herzustellen, und zwar mit Louis Napoleon, der als russischer General doppelte Chancen hat. Die Bourgeoisie wolle vor allem die Regierungsmaschine vereinfachen und dadurch auch wohlfeiler machen. Allerdings glaubt der Verfasser nicht, daß der Plan gelingen werde; das französische Volk sei jetzt schon zu sehr an die politische Freiheit gewöhnt. Diese Freiheit sei allerdings eigentlich nur Schein, aber an diesem Schein hänge es eben. In einem dritten Artikel rückt Maillot, Mitglied der Arbeiterpartei, dem Ministerium alle seine Schandtaten vor,

namentlich die blutige Niederschlagung von Aufständen. „Als wir vor einiger Zeit erklärten, der Sozialismus müsse alle die Pseudoreformen dieses sogenannten Ministeriums der republikanischen Verteidigung zurückweisen, weil diese Pseudoreformen in Wirklichkeit dazu bestimmt seien, die Arbeiterorganisation aufzulösen, da konnten wir noch nicht voraussehen, wie weit dieses blutigste (le plus fusilleur) aller Ministerien mit seinem unverfälschten Betrug gehn werde.“

Der Plan der Kapitalisten, den Politikos enthüllt, ist etwas zu fein angelegt, als daß man an ihn glauben könnte. Was der natürliche Lauf der Dinge aus den zusammen- und einander entgegenwirkenden Kräften schafft, pflegt der Durchschnittsmensch, dem dieser Lauf gewöhnlich nicht gefällt, auf die bewußte Absicht einer im Verborgnen planvoll arbeitenden feindlichen Macht zurückzuführen. Natürlich haben die Kapitalisten die Absicht, die Sozialdemokratie unschädlich zu machen; selbstverständlich sind die Dreyfuskampagne und der Krieg gegen die Kongregationen willkommene Gelegenheiten gewesen, die Aufmerksamkeit der Masse von ihren wahren Interessen abzuziehen, denen nur mit schweren Opfern der Reichen gedient werden könnte; aber an beiden Lärmgeschichten war auch viel ehrlicher Fanatismus und ein Stückchen wirklicher Patriotismus beteiligt. Gewiß sucht Herr Millerand mehr das seine, als das Arbeiterwohl, aber der Kurs, den er eingeschlagen hat, ist ihm doch mehr durch die jedesmalige Not des Augenblicks, als von einem reaktionären Strategen vorgeschrieben worden. Daß die Monarchisten an dem Gange der Dinge ihre Freude haben mögen, kann man schon glauben. Ungefähr so sieht auch die Revue des deux Mondes die Sache an, deren Urteil über die Machthaber im ganzen mit dem der Sozialisten der Humanité übereinstimmt, was deswegen von Wichtigkeit ist, weil das vornehme und konservative Organ auf dem der „Modernen“ entgegengesetzten Pole steht. Beginnt doch ein militärischer Artikel des fünften Bandes des Jahrgangs 1901 mit der Behauptung, Deutschland verdanke seinen wirtschaftlichen Aufschwung der militärischen Disziplin und den militärischen Erfolgen Preußens und beweise aufs neue ein historisches Gesetz, das die Träumer vergebens zu beugen versuchten, daß nämlich der Wohlstand der arbeitenden Klassen von der Militärmacht abhängt.

Wir stellen aus den Halbmonatschroniken des genannten Jahrgangs einige Urteile über die politische Lage und die politischen Männer Frankreichs zusammen. In einem Rückblick auf das abgelaufne Jahrhundert sagt der Chronist (Francis Charnes), auf allen Kulturgebieten, und besonders im geistigen Leben, behaupte Frankreich seinen Rang, nur in der Politik sei es unglücklich. Es gehe einer dunkeln Zukunft entgegen unter einer schwachen und zugleich gewalttätigen Regierung. Am Anfang des Jahrhunderts habe es den heroischen und mit Erfolg gekrönten Jakobinismus erlebt (die Jakobiner waren doch am Anfange des neunzehnten Jahrhunderts schon gestürzt), jetzt, am Ende des Jahrhunderts, sehe man ihn wieder, aber ohne Ruhm und Glanz, mürrisch und bissig; das Heil der Republik sehe er nur noch in der Unterdrückung gewisser Freiheiten. Dazu habe man die verfluchte Affäre auf dem Halse, die die Politiker nicht zur Ruhe und zu positiver Arbeit kommen lasse. Am 15. Januar sagt der Chronist, die Mehrheit und ihr Ministerium würden längst in die Brüche

gegangen sein, wenn die Abstimmungen geheim wären; bei öffentlicher Abstimmung wage ein Mehrheitsmann nicht leicht abzuspringen, weil die neue Schreckensherrschaft jede Verletzung der Disziplin mit Drohungen, Beschimpfungen und Verleumdungen strafe. Ende Februar heißt es: Unter dem gegenwärtigen Kabinett reißen die Ausstände nicht ab. Es wäre eine Ungerechtigkeit, wenn man behaupten wollte, die Regierung rufe diese Unruhen absichtlich hervor; sie hat im Gegenteil durch die Aufnahme eines Sozialisten in ihren Schoß die Arbeiter beschwichtigen wollen. Aber gerade dadurch hat sie leidenschaftliche Hoffnungen erregt, und die Bedrängten wollen wirkliche Hilfe; wird die nicht gewährt, so liegt ihnen wenig an Herrn Millerand. Die Regierung möchte zwischen den streitenden Parteien vermitteln, hat aber damit trotz gutem Willen wenig Erfolg. Im April, wo der Generalfstreik drohte, meint Charmes, die Arbeiterdeputierten, die beim Ministerpräsidenten Audienz gehabt hätten, dürften wohl etwas andres erwartet haben, als den Vortrag über Nationalökonomie, den ihnen Waldeck-Rousseau gehalten habe. Allerdings habe er außerdem für die Zukunft einige schöne Dinge in Aussicht gestellt, wie den neunstündigen Arbeitstag und die Altersversicherung. Sie hätten sich das alles schweigend angehört, und auch die sozialistische Presse rede so wenig wie möglich von Ausständen, Sozialistenkongressen und andern gefährlichen Dingen. Als Jules Ferry einmal von Regierungsradikalen sprach, habe man an dieser Bezeichnung Anstoß genommen. Jetzt sei man ein hübsches Stück weiter; man habe Regierungssozialisten, die wunderbar gut gezähmt und dressiert seien. Das sei ja ganz angenehm; Sozialisten, die ihre Theorien aufgegeben haben, für ihre Person befriedigt und zu Dienstleistungen für die Regierung bereit seien, könne man gut brauchen; aber es sei doch ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, was diese Sozialisten und die Minister mit ihnen trieben. Ende Juni erörtert der Chronist das Vereinsgesetz. Waldeck-Rousseau wolle nicht die Kirche, wolle nicht einmal die Kongregationen zerstören, sondern nur Auswüchse beschneiden; aber er habe seine Absicht nicht entschieden und nicht deutlich genug ausgesprochen, habe mit seinem Gesetzentwurf den Radikalismus entfesselt und werde es nicht hindern können, daß das Gesetz in einem dem seinen entgegengesetzten Sinne ausgeführt werde. Ziemlich allgemein verbreitet sei die Meinung, der Hauptzweck der Vorlage sei, die Zeit hinzubringen und die Aufmerksamkeit der Abgeordneten von den notwendigen Reformen abzuziehen, deren Behandlung die Regierungsmehrheit sprengen würde. Aber bei einem harmlosen Zeitvertreib werde es nicht bleiben; die Leute, die beim Anblick eines Chorhemds oder einer Nonnenhaube außer sich geraten, würden sich, nachdem die Sache einmal eingefädelt sei, mit Worten nicht abspesen lassen. Und der Gesetzentwurf sei doch auch schon an sich bedenklich, da er alle Freiheiten der einen Seite gebe und der andern nehme. „Wir leugnen nicht, daß eine übermäßige Entwicklung der Kongregationen ihre Unzuträglichkeiten haben würde, aber diese sind weder die einzigen noch die größten der Gefahren, die uns im Augenblick bedrohen.“ Schon fordern die Radikalen und die Radikal-Sozialisten auf ihrem Kongreß die Aufhebung der *lex Falloux*, d. h. der Unterrichtsfreiheit. Freilich bekennen sie zugleich, daß sie leidenschaftliche Anhänger des individuellen Eigentums sind und nichts zulassen wollen, was zu seiner Aufhebung führen könnte, nur alle

Privilegien und Monopole sollen abgeschafft werden, das Eigentum an der Frucht der eignen Arbeit aber soll heilig sein. Die Organe der Kollektivisten aber gewähren diesen Zurückgebliebenen Nachsicht; das Volk könne sich eben aus den Windeln veralteter Anschauungen nicht so rasch herauswickeln, schreibt Herr Saurès. Im Juli gingen die Kammern in die Ferien, ohne die beiden wichtigsten der Reformen vorzunehmen, die den Wählern 1898 versprochen worden waren: die progressive Einkommensteuer und die Altersversorgung der Arbeiter. „Was werden die Abgeordneten zu ihrer Rechtfertigung bei der Neuwahl 1902 sagen?“ Nun, auf diese Frage haben mittlerweile die Ereignisse geantwortet. Die Klosteraufhebung hat so viel Lärm gemacht, daß man gar nicht dazu gekommen ist, über soziale und Steuerreformen zu sprechen; man sieht also, wie dringend notwendig sie gewesen ist — für das neue Kabinett und die neue Kammer. Daß das auch für Waldeck-Rousseau der Hauptbeweggrund zur Einbringung des Gesetzes gewesen sei, wiederholt Charmes. Der Minister wußte, daß jedes Reformgesetz seine Mehrheit zertrümmern würde, so blieb ihm nichts übrig, als den Stier durch Vorhaltung des roten oder vielmehr schwarzen Tuchs abzulenken. Das Volk aber, dem man statt des Brotes Jesuiten zu verspeisen gibt, wird sich damit nicht abspeisen lassen, und dann wird guter Rat teuer sein, denn die Altersversicherung ist aus finanziellen Gründen undurchführbar. Für diesmal ist es der Geschicklichkeit des Finanzministers gelungen, die Durchberatung des gefährlichen Gesetzes zu verhindern, aber es gibt doch einige ehrliche Radikale und überzeugte Sozialisten, die anfangen, mißtrauisch zu werden. Angesichts der unheilbaren Finanzlage, heißt es in der zweiten Oktoberchronik, müßten alle die schönen Dinge, die man den Augen der Arbeiter vorgegaukelt, und mit denen man die überschwenglichsten Hoffnungen erregt habe, geradezu Chimären genannt werden. Die schrecklichste aller Ausgaben, die dem ohnehin an unheilbarem Defizit leidenden Budget drohen, wird gegen Jahreschluß die Altersversicherung genannt, bei Erwähnung der scharfen Kritik, die Ribot an der Finanzpolitik der Regierung geübt hatte. Alle Welt weiß, daß die Franzosen keine Selbstverwaltung haben. Mögen sie sie unter der Herrschaft der Bürokratie verlernt, oder mag ihre angeborene Unfähigkeit den Bürokratismus erzeugt haben, jedenfalls verstärken jetzt die beiden vorhandenen Übel einander. Die Regierung läßt alles durch Beamte besorgen, entzieht dadurch die Tätigkeit der Behörden den indiscreten Blicken der Regierten und befreit sich so von jeder unbequemen Kontrolle. Dadurch werden aber zugleich die besten Gesetze unwirksam gemacht, und eine Unmasse Kräfte, die dem Gemeinwohl nützen könnten, dazu verurteilt, brach zu liegen. Das führt Georges Picot aus in einer „Verlorne Kräfte“ überschriebenen Abhandlung. Diese Faulheit der Bürger mache den Staat allmächtig. Die Regierung ernte bei den Wahlen ihre Kandidaten wie reife Früchte, und da die Bürger das Denken und das Handeln verlernt hätten, so dächten und handelten für sie ein paar Jakobiner.

(Schluß folgt)

